

Lesefassung
Entschädigungssatzung des Schulverbandes
Brokstedt und Umgebung

Die Lesefassung berücksichtigt

1. Die am 01.02.2012 in Kraft getretene Entschädigungssatzung des Schulverbandes Brokstedt und Umgebung vom 23.01.2012 (veröffentlicht in der Norddeutschen Rundschau am 27.01.2012).
2. Die am 01.01.2023 in Kraft getretene 1. Änderung der Entschädigungssatzung des Schulverbandes Brokstedt und Umgebung

Aufgrund des § 5 des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (GkZ) in Verbindung mit § 4 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (GO) und der Landesverordnung über Entschädigungen in kommunalen Ehrenämtern (Entschädigungsverordnung – EntschVO) in der jeweils geltenden Fassung wird nach Beschluss der Verbandsversammlung des Schulverbandes Brokstedt und Umgebung vom 07.12.2011 folgende Entschädigungssatzung erlassen:

§ 1

Mitglieder der Verbandsversammlung sowie die nicht der Verbandsversammlung angehörenden Mitglieder der Ausschüsse

- (1) Die Mitglieder der Verbandsversammlung erhalten nach Maßgabe der Entschädigungsverordnung für die Teilnahme an Sitzungen der Verbandsversammlung, der Ausschüsse des Schulverbandes, in die sie gewählt sind, an sonstigen in der Verbandsatzung des Schulverbandes Brokstedt und Umgebung bestimmten Sitzungen und für ihre sonstigen Tätigkeiten für den Schulverband ein Sitzungsgeld in Höhe von 50 v.H. des Höchstsatzes der Entschädigungsverordnung, aufgerundet auf volle Euro.
- (2) Die Stellvertretenden der Mitglieder der Verbandsversammlung erhalten nach Maßgabe der Entschädigungsverordnung für die Teilnahme an Sitzungen der Verbandsversammlung im Vertretungsfalle ein Sitzungsgeld in Höhe von 50 v.H. des Höchstsatzes der Entschädigungsverordnung, aufgerundet auf volle Euro.
- (3) Die nicht der Verbandsversammlung angehörenden Mitglieder der Ausschüsse erhalten nach Maßgabe der Entschädigungsverordnung für die Teilnahme an Sitzungen der Ausschüsse, in die sie gewählt sind, ein Sitzungsgeld in Höhe von 50 v.H. des Höchstsatzes der Entschädigungsverordnung, aufgerundet auf volle Euro.
Entsprechendes gilt für stellvertretende Ausschussmitglieder, die nicht der Verbandsversammlung angehören, im Vertretungsfall.

§ 2**Verbandsvorsteherin oder Verbandsvorsteher**

- (1) Die Verbandsvorsteherin oder der Verbandsvorsteher erhält nach Maßgabe der Entschädigungsverordnung eine Aufwandsentschädigung in Höhe des Höchstsatzes der Entschädigungsverordnung.
- (2) Der Stellvertreterin oder dem Stellvertreter der Verbandsvorsteherin oder des Verbandsvorstehers wird nach Maßgabe der Entschädigungsverordnung bei Verhinderung der Verbandsvorsteherin oder des Verbandsvorstehers für ihre oder seine besondere Tätigkeit als Vertretung eine Aufwandsentschädigung gewährt, deren Höhe von der Dauer der Vertretung abhängt. Die Aufwandsentschädigung beträgt für jeden Tag, an dem die Verbandsvorsteherin oder der Verbandsvorsteher vertreten wird, 1/30 der Aufwandsentschädigung der/des Schulverbandsvorstehenden.

§ 3**Ausschussvorsitzende**

Ausschussvorsitzende und bei deren Verhinderung deren Vertretende, erhalten nach Maßgabe der Entschädigungsverordnung zusätzlich für jede von ihnen geleitete Ausschusssitzung ein Sitzungsgeld in Höhe des Höchstsatzes der Entschädigungsverordnung.

§ 4**Entgangener Arbeitsverdienst, Verdienstaussfallentschädigung für Selbständige**

- (1) Ehrenbeamtinnen und –beamten, ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürgern, Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern der Verbandsversammlung oder der Ausschüsse des Schulverbandes sowie im Verhinderungsfall deren Vertretende ist der durch die Wahrnehmung des Ehrenamtes oder der ehrenamtlichen Tätigkeit während der regelmäßigen Arbeitszeit entgangene Arbeitsverdienst aus unselbständiger Arbeit auf Antrag in der nachgewiesenen Höhe gesondert zu ersetzen. Ferner ist der auf den entgangenen Arbeitsverdienst entfallende Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung zu erstatten, soweit dieser zu Lasten der oder des Entschädigungsberechtigten an den Sozialversicherungsträger abgeführt wird.
- (2) Sind die in Absatz 1 genannten Personen selbständig, so erhalten sie für den durch die Wahrnehmung des Ehrenamtes oder die ehrenamtliche Tätigkeit während der regelmäßigen Arbeitszeit entstandenen Verdienstaussfall auf Antrag eine Verdienstaussfallentschädigung, deren Höhe je Stunde im Einzelfall auf der Grundlage des glaubhaft gemachten Verdienstaussfalls nach billigem Ermessen festgesetzt wird. Der Höchstbetrag der Verdienstaussfallentschädigung je Stunde beträgt 10,00 Euro (€).

§ 5

Entschädigung für die Abwesenheit vom Haushalt

Personen nach § 4 Abs. 1 Satz 1, die einen Haushalt mit mindestens zwei Personen führen und nicht oder weniger als 20 Stunden je Woche erwerbstätig sind, erhalten für die durch das Ehrenamt oder die ehrenamtliche Tätigkeit bedingte Abwesenheit vom Haushalt während der regelmäßigen Hausarbeitszeit gesondert auf Antrag für jede volle Stunde der Abwesenheit eine Entschädigung. Der Stundensatz dieser Entschädigung beträgt 7,50 Euro (€). Auf Antrag sind statt einer Entschädigung nach Stundensätzen die angefallenen notwendigen Kosten für eine Vertretung im Haushalt zu ersetzen.

§ 6

Kosten der Betreuung von Kindern und pflegebedürftiger Angehöriger

Personen nach § 4 Abs. 1 Satz 1 werden auf Antrag die nachgewiesenen Kosten einer durch die Wahrnehmung des Ehrenamtes oder der ehrenamtlichen Tätigkeit erforderlichen entgeltlichen Betreuung von Kindern, die das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, oder pflegebedürftiger Familienangehöriger gesondert erstattet. Dies gilt nicht für Zeiträume, für die entgangener Arbeitsverdienst aus unselbständiger Arbeit oder Verdienstaufschlagsentschädigung nach § 4 oder eine Entschädigung nach § 5 gewährt wird.

§ 7

Reisekostenvergütung, Fahrkosten

Personen nach § 4 Abs. 1 Satz 1 ist für Dienstreisen Reisekostenvergütung nach den Regelungen des § 24 Abs. 1 GO i. V. m. den §§ 15 und 16 der EntschVO zu gewähren. Fahrkosten für die Fahrten zum Sitzungsort und zurück, höchstens jedoch in Höhe der Kosten der Fahrt von der Hauptwohnung zum Sitzungsort und zurück, werden gesondert erstattet. Bei Benutzung privateigener Kraftfahrzeuge richtet sich die Höhe der Entschädigung nach den Regelungen des Bundesreisekostengesetzes.

§ 8

Verarbeitung personenbezogener Daten

Zur Erfüllung der Aufgaben nach dieser Satzung ist das Amt Kellinghusen für den Schulverband berechtigt, die dafür erforderlichen Daten gemäß Artikel 6 Abs. 1 e) Datenschutz Grundverordnung (DSGVO) und §§ 3 und 4 Landesdatenschutzgesetz Schleswig-Holstein (LDSG) in der jeweils gültigen Fassung zu verarbeiten. Diese sind insbesondere: Name, Anschrift, Funktionen, Kontoverbindungen, Fraktionszugehörigkeit, Tätigkeitsdauer und Geburtsdatum der Mitglieder der Verbandsversammlung. Der Einsatz von technikerunterstützter Informationsverarbeitung ist zulässig. Die Betroffenen werden gemäß Art. 13 und 14 DSGVO über die Erhebung der personenbezogenen Daten schriftlich oder elektronisch informiert.

§ 9
Inkrafttreten

Diese Entschädigungssatzung tritt zum 01. Tag des auf die Bekanntmachung folgenden Monats in Kraft.

Die vorstehende Satzung wird hiermit ausgefertigt und ist bekanntzumachen.

Kellinghusen, 23.01.2012/2012.2022

Gez. Dr. Heinz Seppmann
Verbandsvorsteher

Die 1. Änderung der Entschädigungssatzung wurde am 20.12.2022 ausgefertigt, am 28.12.2022 veröffentlicht und ist am 01.01.2023 in Kraft getreten.